

//PRESSEINFORMATION//

13/2021

Saarbrücken, 11.02.2021

GEW fordert erweitertes Konzept für Schulöffnungen

- Ohne Gesundheitsschutz keine Planungssicherheit -

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Saarland (GEW), fordert die Öffnung der Schulen im Primarbereich im Wechselunterricht an klare Bedingungen zu knüpfen. Zum einen muss nicht nur die landesweite Inzidenz unter 100 liegen, sondern auch die aller Landkreise. Dies ist vor allem im Hinblick auf den Landkreis Neunkirchen mit einer aktuellen 7-Tages-Inzidenz von 153 zu bedenken. Zum anderen müssen die Gesundheitsschutzmaßnahmen deutlich erhöht werden. „Erforderlich ist ein Konzept, das das Recht auf Bildung mit dem Gesundheitsschutz für alle in Schule und Kita Beschäftigten und für alle Kinder und Jugendlichen, die diese Einrichtungen besuchen, verbindet und sich an den Vorgaben des RKI orientiert“, so GEW Landesvorsitzende Birgit Jenni.

Da die mutierten Sars-Cov-2-Erreger inzwischen auch im Saarland nachgewiesen worden sind, sind nach Ansicht der größten Interessenvertretung im Bildungsbereich weitere Schutzvorkehrungen dringend erforderlich. Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass die neuen Varianten des Virus bei Kindern besonders ansteckend sind. Trotz sinkender Infektionszahlen beunruhigt diese Entwicklung viele Kolleginnen und Kollegen und auch Eltern sehr. Daher sollten für die Beschäftigten und die Schülerinnen und Schüler freiwillige Corona-Schnelltests mindestens wöchentlich angeboten werden. Zusätzlich müssen den Lehrkräften im Rahmen des Arbeitsschutzes zwei zertifizierte FFP2-Masken pro Tag zur Verfügung gestellt werden. Für den Einsatz von Luftreinigungsgeräten in Kitas und Schulen konnte die GEW Saarland bereits einen Erfolg verbuchen. In einem Gespräch mit Innenminister Bouillon hat dieser die zusätzliche Anschaffung der Geräte in Aussicht gestellt. Des Weiteren erneuert die Bildungsgewerkschaft ihre Forderung, eines frühzeitigen Impfangebotes für Lehrkräfte und Erzieher*innen.

Das so genannte „pädagogische Betreuungsangebot“ an der Schule muss sich außerdem im Zuge einer Öffnung der Grund- und Förderschulen zu einer echten Notbetreuung wandeln. Einerseits würde das Personal und die Raumkapazitäten nicht ausreichen, andererseits könnte es durch die höhere Anzahl an Schülerinnen und Schülern rund um die Schule wieder zu Ansteckungsherden kommen. „Ein Zurückfallen in tägliche Quarantäneanordnungen bringt den Familien keine Planungssicherheit“, so Jenni weiter.

„Sollten die geforderten Maßnahmen nicht eingehalten werden, befürchtet die Bildungsgewerkschaft einen „Jo-Jo-Effekt“ mit wieder steigenden Zahlen und einer erneuten Schulschließung, wie es in Luxemburg geschehen ist. Dies kann weder im Sinne der Lehrkräfte, der Schülerinnen und Schüler noch deren Eltern sein“, ergänzt Max Hewer, stellvertretender Landesvorsitzender.

Wann die Jahrgänge an den weiterführenden und beruflichen Schulen in einen Wechselunterricht starten, hat die Landesregierung noch nicht festgelegt. Insgesamt will man zunächst neue Spielräume für den Schulbetrieb ausloten und sich dabei am Infektionsgeschehen orientieren. Auch hier braucht es ein transparentes Konzept, um für Planungssicherheit zu sorgen.

Zudem müssen auch deutlich mehr Mittel für zusätzliches Personal und zusätzliche Räume zur Verfügung gestellt werden. Die Landesregierung hat bisher Mittel für ca. 200 Aushilfs- und Vertretungskräfte bereitgestellt. Diese Stellen reichen aber bei Weitem nicht aus. „Wir brauchen dringend mehr Personal zur Förderung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen, um in kleineren Lerngruppen die Unterrichtsinhalte des Schuljahres und die persönlichen Erfahrungen während der Pandemie aufzuarbeiten“, fordert Max Hewer abschließend. ■